

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Kurz kommentiert: Japanimporte - EWG - Stabilitätspolitik - Bundesetat - Kooperation

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1972) : Kurz kommentiert: Japanimporte - EWG - Stabilitätspolitik - Bundesetat - Kooperation, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 52, Iss. 6, pp. 326-327

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134414>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

KURZ KOMMENTIERT

Japanimporte

Gefahr von Restriktionen

Der Versuch der EWG-Kommission, ein Handelsabkommen mit Tokio auszuhandeln, war im letzten Jahr an der Befürchtung Japans gescheitert, die EWG würde japanische Exporte zu sehr beschränken. Eine Wiederaufnahme der Verhandlungen ist noch nicht in Sicht. Die Erkundungsreise von EG-Kommissar Dahrendorf nach Japan hat keine konkreten Ergebnisse erbracht. Zunächst wird lediglich eine japanische Delegation bei der EWG Gespräche führen, die jedoch nicht bevollmächtigt ist, Verhandlungen zu führen. Es verstärkt sich daher der Eindruck, daß die Japaner die Gemeinschaft bewußt hinhalten wollen, um vor Beginn der eigentlichen Verhandlungen eine stärkere Marktposition in Europa zu haben.

Die Gemeinschaft hingegen ist an baldigen Verhandlungen interessiert, um einer sich stärker abzeichnenden Verschlechterung der bilateralen Handelsbilanz entgegenzuwirken. Zum einen sollen die japanischen Importhindernisse für europäische Waren abgebaut werden, und andererseits ist man bestrebt, durch einen Handelsvertrag den japanischen Exportzuwachs in die Gemeinschaft in Grenzen zu halten. Die Außenhandelszahlen für 1971 liefern der Gemeinschaft die Argumente. Gegenüber dem Vorjahr konnte die EWG 1971 ihre Exporte nach Japan um 1,9 % steigern, während Japan in diesem Zeitraum umgekehrt ein Ausfuhrwachstum von 25,5 % erzielen konnte.

Angesichts der nicht vorhandenen Verhandlungsbereitschaft Japans wächst in den Staaten der Gemeinschaft der Ruf nach protektionistischen Maßnahmen. Sollte Tokio sich nicht nachgiebiger zeigen, könnten die Japaner mit Restriktionen seitens der Gemeinschaft konfrontiert werden, deren Wirkung Italien bereits vorexerziert hat. Italien wehrt sich mit einem Quotensystem gegen die japanische Konkurrenz und war 1971 das einzige EWG-Land ohne eine Zunahme der Japanimporte. hh

EWG

Rücktrittsdrohung in Brüssel

Die Luxemburger Konferenz der zehn Außenminister der erweiterten Gemeinschaft am 26./27. Mai hat wieder einmal gezeigt, daß die Gemeinschaft im Grunde nicht bereit ist, politische Souveränität aufzugeben. Wie bei dieser Haltung die Wirtschafts- und Währungsunion oder gar die politische Union realisiert werden soll, bleibt das

Geheimnis der verantwortlichen Minister. Allein mit der ständigen Suche nach dem gerade noch möglichen Kompromiß zwischen den divergierenden nationalen Interessen werden diese Ziele jedenfalls nicht erreicht.

Behandelt wurden folgende Themenkomplexe: Verbesserung der politischen Zusammenarbeit, Stärkung der Gemeinschaftsinstitutionen, Vorbereitung des Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs im Oktober in Paris und Vorbereitung auf die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Sprengstoff für die Konferenz der Außenminister lag in den beiden ersten Themenbereichen. Hier trat der Gegensatz zwischen der EG-Kommission und den Regierungen offen zutage, der in einer Rücktrittsdrohung der Kommission gipfelte.

Streitpunkt war primär das Mitspracherecht der Kommission bei der Bildung des politischen Sekretariats, aber auch die Beschleunigung des Beschußfassungsprozesses im EG-Ministerrat, der in der erweiterten Gemeinschaft noch schwerfälliger sein wird. Die Probleme wurden allerdings nicht gelöst. Es bleibt weiterhin unklar, wie das politische Sekretariat mit den bestehenden Gemeinschaftsinstitutionen verknüpft und wo sein Sitz sein soll. Außerdem wurden die Institutionen nicht gestärkt und auch das Einstimmigkeitsprinzip nicht durch Mehrheitsentscheidungen ersetzt. Vielleicht wird die Gipfelkonferenz im Oktober Lösungsansätze aufzeigen, etwa in Form eines verbindlichen Stufenplans zur Errichtung der politischen Union. Aber nicht nur Skeptiker bezweifeln das. ge

Stabilitätspolitik

Preisanstieg geht weiter

Auch wenn die jetzt diskutierten Haushaltssparprogramme verwirklicht werden sollten, wird der Bundesregierung zumindest für das Jahr 1972 im Kampf um die Stabilität der Verbraucherpreise kein großer Erfolg beschrieben sein. Auf den Konsumgütermärkten lassen die anhaltenden Einkommenssteigerungen und die Rückzahlung des Konjunkturzuschlages die Absatzlage und damit die Überwälzungschancen von höheren Einstandspreisen und Lohnkosten — im Handel wurden zuletzt Lohnerhöhungen von überwiegend 10 % und mehr gemeldet — auch künftig in günstigem Licht erscheinen. Hinzu kommt, daß zahlreiche administrativ bedingte Preisanhebungen bei Versorgungs- und Verkehrsleistungen, bei den Postgebühren und bei Nahrungsmitteln bevorstehen.

Um dieser Entwicklung jetzt Einhalt zu gebieten, müßte vor allem auf eine gemäßigtere Ausgabentätigkeit der Konsumenten gedrungen werden. Der unmittelbar preisdämpfende Effekt, der von Haushaltsensparungen der öffentlichen Hand ausginge, beträfe vor allem die Preise für Bauleistungen, hier in wesentlichen die des Tiefbaus. Denn mit der weiter kräftig steigenden Wohnbaunachfrage im Rücken haben die Bauunternehmer Lohnerhöhungen von ca. 14 % für das Jahr 1972 vereinbart, dies in der Gewißheit, den größten Teil davon in den Preisen für Hochbauten weitergeben zu können.

Stabilisierungsfortschritte könnten gegenwärtig nur dann erzielt werden, wenn der Kostenanstieg in der Wirtschaft weiter nachläßt. Bei der sich abzeichnenden Untergrenze des Lohnanstiegs von 6 bis 8 % sind die Aussichten hierfür jedoch nicht sehr günstig. Der Beitrag, den die Geld- und Finanzpolitik jetzt dazu leisten kann, ist die Vermeidung jeglicher Impulse, die den Lohnanstieg wieder beschleunigen würden. Das aber kann glaubhaft nur dann geschehen, wenn auch der Staat mit seiner Ausgabentätigkeit nicht stark expansiv auf das Konjunkturgeschehen einwirkt. bg

Bundestat

Undurchsichtige Haushaltspolitik

Es ist schade, daß die finanzpolitischen Grundsätze der „Klarheit und Genauigkeit“ nur in Lehrbüchern zu Ehren kommen; denn bei der Aufstellung des Haushaltsetats 1972 kamen sie es nicht. Noch bei den Beratungen zum Einzeletat 04 (Bundeskanzleramt) präs. Minister Schiller den Bundeshaushalt 1972 als stabilitätskonform. Wenige Wochen später überraschte er Öffentlichkeit und Opposition mit der Ankündigung, ohne drastische Ausgabenkürzungen und zusätzliche neue Steuererhöhungen keine ausgeglichene Finanzplanung bis 1976 vorlegen zu können.

Die Bemühungen, diese haushaltspolitische Misere zu beseitigen, erhalten vor dem Hintergrund der Neuwahlen-Diskussion einen geradezu pikant-dramatischen Akzent. Auf der Ausgabenseite sieht Minister Schiller noch für das Jahr 1972 eine Kürzung von wenigstens 2,5 Mrd. DM als unumgänglich an. Davon wären allein das Verteidigungsministerium mit 800 Mill. DM, das Ministerium für Bildung und Wissenschaft mit 320 Mill. DM, das Verkehrsministerium mit 440 Mill. DM, das Ernährungsministerium mit 200 Mill. DM und das Wirtschaftsministerium mit 100 Mill. DM betroffen. Die „Reformruinen“-Argumente der Opposition erleben bei dieser Entwicklung auf jeden Fall eine Hause. Aber selbst wenn die Minderausgaben durchgesetzt werden, ist das angestrebte Ziel „Stabilität“ nur dann zu erreichen, wenn Länder

und Gemeinden mitziehen. Die andere Alternative – Steuererhöhungen – ist vor Neuwahlen kaum vorstellbar; denn ein zur Kasse gebetener, verdrossener Wähler war noch nie ein guter Wähler. Unabhängig davon, welcher Weg in der Finanzpolitik eingeschlagen wird – eins steht fest: die Koalitionsparteien werden angeschlagen in den „Neuwahlen-Ring“ steigen. JI

Kooperation

Schwierige Ost-West-Zusammenarbeit

Die langfristige wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit wird mehr und mehr zu einem Element der Arbeitsteilung zwischen kapitalistischen und sozialistischen Ländern. Ein gutes Beispiel dafür, daß Unternehmen verschiedener Gesellschaftsformen auf der Produktionsebene erfolgreich zusammenarbeiten können, bietet der vor kurzem abgeschlossene Vertrag zwischen den Anker-Werken AG, Bielefeld/Graz, mit der IGV, Büromaschinen und feinmechanische Werke, Budapest. Gegenstand der Vereinbarung ist die Registrierkassenproduktion in großen Serien. Jede Montageeinheit soll grundsätzlich nur von einem Betrieb hergestellt und an den Partner weitergeleitet werden. Die Endmontage wird von jedem Partner selbständig durchgeführt.

Die Motive sozialistischer Betriebe für eine solche Zusammenarbeit mit kapitalistischen Unternehmen sind die Schaffung zusätzlicher Kapazitäten binnen kürzester Frist und der Import von technischem und organisatorischem „know-how“. Beide Ziele können im Rahmen der traditionellen Handelsbeziehungen wegen der permanenten Devisenknappeit nicht im gewünschten Ausmaß realisiert werden. Kooperationen bieten sich als Ausweg an.

Die Interessen westlicher Firmen an einer derart engen Zusammenarbeit liegen in der größeren Möglichkeit, Massenproduktions-Vorteile zu realisieren in der Lohnkostensenkung, wenn arbeitsintensive Produktionsabläufe, die nicht viel „know-how“ voraussetzen, ausgegliedert werden können und in der möglichen Rohstoffsicherung und/oder -erschließung.

Einzelne positive Berichte sollten allerdings nicht zu der Erwartung verleiten, daß die „Kooperationsbäume“ in den Himmel wachsen könnten. Trotz der Ratifizierung der Ost-Verträge und der verschiedenen bilateralen Handels- und Kooperationsabkommen werden die Unterschiede in den Wirtschaftssystemen, insbesondere die unterschiedlichen Vorstellungen über das Eigentum an Produktionsmitteln, weiterhin ganz erhebliche Schwierigkeiten aufgeben. In noch so langen Verhandlungen – die Vorbereitungen für den oben zitierten Vertrag dauerten 3 Jahre – wird es nicht immer möglich sein, diese zu überwinden. pw